

Frank Vorbach M.A.

Email: info@f104bach.de

Home: f104bach.de

© Frank Vorbach 2013

Krieg in Afghanistan – kein Ende in Sicht!

Gegenwärtig kämpfen in Afghanistan die USA und verbündete Nato Truppen gegen afghanische Taliban und Dschihadisten u.a. aus den Terrornetzwerken al Qaida und Haqqani.

Die internationalen Truppen sind nicht in der Lage, permanent flächendeckende Aktionen der Taliban und der Terrornetzwerke zu verhindern. Das gilt sowohl für gezielte Überfälle und Angriffe von Taliban-Kommandos auf internationale Truppen, die Anwendung von Sprengfallen gegen deren Truppenbewegungen als auch für Aktionen von Selbstmordattentätern, die überwiegend in den Terrornetzwerken rekrutiert werden.

Warum waren die USA und deren Verbündete nicht in der Lage, die Macht und Fähigkeiten der Taliban und der Terrornetzwerke während der mehr als 10 Jahre dauernden Kampfhandlungen in Afghanistan entscheidend zu schwächen? Die Gründe sind vielschichtig und werden kontrovers diskutiert.

In asymmetrischen Kriegen, wie dem in Afghanistan, gelten andere Bedingungen als in Szenarien herkömmlich geführter Kriege. Die Taliban und Dschihadisten sind nur zu erkennen und zu bekämpfen, wenn sie aktiv die internationalen Truppen angreifen, oder bei Sabotageakten und deren Vorbereitung erkannt und gestellt werden. Die Erkennung von Selbstmord-Attentätern im Einsatz ist selten erfolgreich.

Der bedeutende taktische Vorteil der Taliban und der Terroristen in Afghanistan ist die „Offene Grenze“ zu den Stammesgebieten FATA (Federal Administered Tribal Area) in Pakistan. Sie haben dort sicheren Unterschlupf (safe haven), finden logistische Unterstützung und können sich neu formieren. Sie werden durch die Souveränität des Staates Pakistan geschützt, die internationalen Truppen verfolgen sie nicht über die pakistanische Grenze. Pakistan hält die Grenze offen, weil die Drogen,- und Schmuggelkartelle zu einflussreich sind (Korruption), aber auch, weil der pakistanische Geheimdienst ISI so mit Hilfe der Taliban Afghanistan destabilisieren kann. Das ist ein Kernanliegen pakistanischer Politik.

Afghanistan kann die Grenze nicht schließen, weil die militärischen Mittel fehlen und die Stammesbindungen der Sicherheitskräfte stärker sind als afghanisches Staatsbewusstsein. In den FATA haben die Terrornetzwerke ihre Ausbildungslager und von dort rekrutieren die afghanischen Taliban Kämpfer, die in den Madrassen (Koranschulen) radikalisiert und ausgebildet werden. Diese stammen überwiegend aus den afghanischen Flüchtlingslagern in Pakistan. Neben der Unterstützung u.a. durch Pakistan und Saudi Arabien, finanzieren sich die Taliban zu einem erheblichen Teil durch Drogenhandel. Afghanische Bauern produzierten 2007 einen 93%igen Anteil der weltweiten Heroinproduktion (Rashid: Sturz ins Chaos. 2010. Ähnliche Hinweise: Die Zeit Online. 22.11.2012./ CIA-The World Fact Book. Afghanistan). Die Drogen werden aus Afghanistan, über Pakistan, die Zentralasiatischen Staaten und den Iran in den Westen transportiert.

Die afghanische Regierung kann sich zur Legitimation nicht auf ein, von allen gesellschaftlichen Gruppen Afghanistans (Ethnien, religiösen Gruppierungen, ethnischen Minderheiten etc.) getragenes Staatsverständnis berufen. Die Staatlichkeit Afghanistans war historisch immer abhängig von der Machtverteilung unter den Ethnien (Stämmen) Afghanistans und/oder den Interventionen ausländischer Staaten (z.B. England, die Sowjetunion, Russland, die USA, Pakistan, Iran, Saudi Arabien u.v.m.). Darüber hinaus korrumpieren und destabilisieren die Drogenkartelle die derzeitigen zentralen und provinziellen Regierungsapparate. Das hat auch destabilisierende Auswirkungen in den direkt angrenzenden Staaten Zentralasiens und Iran.

Die Ausbildung afghanischer Soldaten und Polizisten durch die USA und Nato Staaten soll diese befähigen, die Sicherheits- und Ordnungsfunktionen eines souveränen Afghanistans wahrzunehmen. Das wird nicht gelingen, weil die rekrutierten Soldaten und Polizisten partikulare ethnische/religiöse und nicht gesamtstaatliche Interessen vertreten und schützen werden. Das nicht entwickelte Staatsbewusstsein in der afghanischen Gesellschaft, eine Zentralregierung ohne Legitimation und zusätzlich durch Korruptionsaffären belastet, die Macht der Drogenkartelle, die ungebrochene Kampfkraft der Taliban so wie der Terrornetzwerke und die permanenten Interventionen ausländischer Staaten (allen voran des pakistanischen Geheimdienstes ISI), wird nach Abzug der USA und der Nato Truppen in Afghanistan zum Staatskollaps führen. Ein kollabierter Staat Afghanistan destabilisiert die süd- und zentralasiatische Region und führt zum staatlichen Kollaps Pakistans, dessen gegenwärtige Staatlichkeit als gefährdet bewertet wird (<http://www.foreignpolicy.com/failedstates>). Der Kollaps Pakistans mit den in seinem Besitz befindlichen Nuklearsprengköpfen und Trägersystemen birgt die Gefahr, dass die in Pakistan residierenden Terrornetzwerke, die bereits die pakistanischen Streitkräfte unterwandert haben (The Nation. <http://www.nation.com.pk/pakistan-news-newspaper-daily-english-online/editorials/04-Apr-2013/the-enemy-within>) in den Besitz dieser Waffen kommen. Das hätte weltweite Sicherheitsimplikationen.

Die USA benutzen die Bezeichnung AfPak als Synonym für die Beschreibung eines unauflösbaren Zusammenhangs, des sicherheitspolitischen „Hot Spots“ Afghanistan/Pakistan: Die Entschärfung kann nur durch die Kooperation der beiden betroffenen Staaten, aber auch die der direkt angrenzenden, gelingen. In der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO, Shanghai Organisation Cooperation) und der Südasiatischen Vereinigung für regionale Kooperation (SAARC, South Asian Association for Regional Cooperation) sind alle Staaten entweder als Mitglied oder als Beobachter vertreten, die zur Lösung der AfPak Situation beitragen können.

Unbeschadet der Bedeutung der oben beschriebenen Foren und Regime für Konsultationen und Kooperationen im asiatisch/pazifischen Raum, wird durch AfPak, aber auch durch den Konflikt um Nordkorea und Iran evident, dass politische und diplomatische Lösungsansätze für diese Konflikte nur erfolgreich entwickelt werden können, wenn China und die USA gemeinsam politisch die gleichen Ziele verfolgen und in der Wahl der diplomatischen Mittel übereinstimmen, um die jetzigen und noch kommenden „Hot Spots“ dieser Welt einzugrenzen und abzukühlen. Dabei kann es nicht, wie bei Ferguson's „**Chimerica**“ (Washington Post. 2008/11/16. Niall Ferguson Says U.S.-China Cooperation Is Critical to Global

Economic Health) ausschließlich um die zugegebenermaßen außergewöhnlichen wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Großmächte gehen, sondern um alle weltweiten Stabilitäts- und Entwicklungsprobleme.

Politische Wissenschaftler und Publizisten befassen sich sehr ausgiebig mit der „Power Transition Theory“. Diese beschreibt die Entwicklung des Internationalen Systems, wenn ein Hegemon, der an Macht und Einfluss verliert, von einem aufstrebenden, revisionistischen Staat herausgefordert wird. Dabei wird immer China als Herausforderer der USA gesehen. Tatsächlich ist dieser Zusammenhang nicht erkennbar. Die mit erheblichem Aufwand betriebene Modernisierung der Volksbefreiungsarmee wird als Indiz dafür gewertet, dass China die USA als führende asiatisch/pazifische Ordnungsmacht ablösen will. Hier wird außer Acht gelassen, dass Chinas Streitkräfte die Fähigkeiten der U.S. Streitkräfte heute nicht erreichen und auch mittelfristig nicht erreichen werden. Die USA besitzen strategische militärische Fähigkeiten, die bei der Volksbefreiungsarmee nicht ansatzweise vorhanden sind. Das wissen auch die Chinesen.

Bei der Bewertung des aktuellen nationalen außenpolitischen Rollenkonzepts Chinas wird häufig die noch heute wirksame Bedeutung der „24 Character Strategy“ Ding Xiaoping's nicht angemessen bewertet. Darin wird u.a. für China empfohlen, keine Führungsrolle zu übernehmen, die eigenen Fähigkeiten nicht öffentlich zu machen und sich bei allen Entwicklungen die dafür notwendige Zeit zu nehmen.

Über den sino/amerikanischen strategischen und wirtschaftlichen Dialog (SED) haben die beiden Großmächte ein Forum auf Regierungsebene eingerichtet, um gemeinsam politisch und diplomatisch als strategische Partner zu agieren. Erste Ansätze sind u.a. in dem Abstimmungsverhalten Chinas im UN Weltsicherheitsrat bei den Resolutionen über Sanktionen gegen Nordkorea aber auch gegen den Iran zu erkennen.